

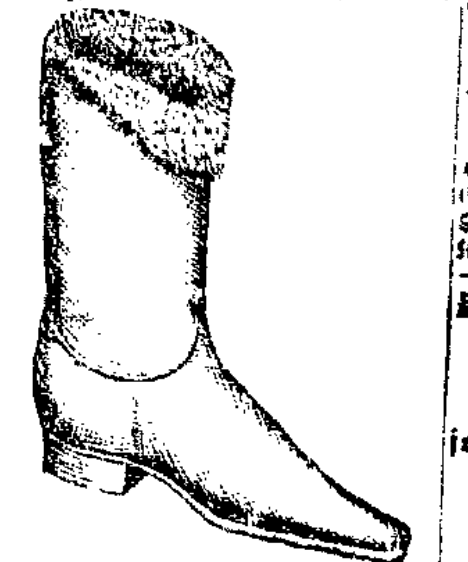




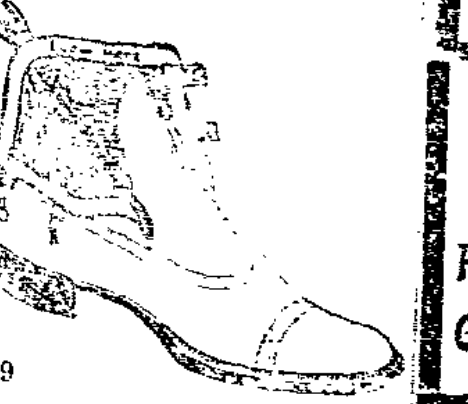


**Endlich warme trockene Füße!**

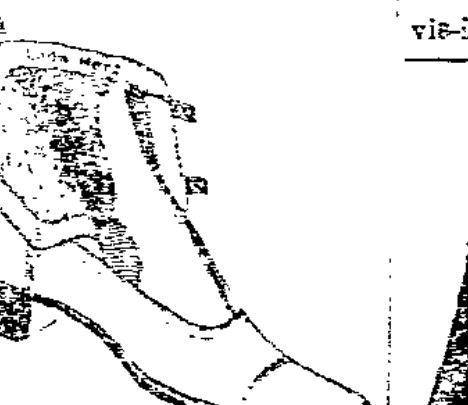
Besten Schutz gegen kalte Füße gewähren meine seit vielen Jahren mit größtem Erfolg eingeführten, inwändig ganz mit Pelz gefüllten Pelzstiefel.



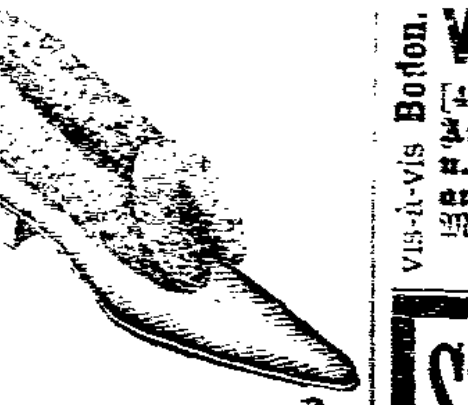
Ich offeriere Pelz-Schaftstiefel:  
 durchweg Leder mit echtem Pelzfutter 13.50  
 ausson Filz mit hohem Lederbesatz 13.50  
 durchweg u. Rindleder, vorzügliche Qualität, „enorm warm“ 18.-  
 bestes Wiedleder mit langhaarigem Lammfellfutter 19.-  
 Hühnerstiefel, garantiert wasserdicht, nach Höhe 18.-19.- 24.-



Pelz-Schnallenstiefel, Filz mit imit. Pelzfutter 1 Schnalle 5.-  
 2 Schnallen 6.50  
 durchweg Leder m. Molletfutter 8.50  
 Chagrinleder, 2 Schnallen, recht langhaarig, Lammfellfutter 11.75  
 Filz, 2 Schnallen, Rindlackbesatz, für Rheumatischer unentbehrlich 11.75  
 ff. Chevreaulleder, zwei Schnallen, echt Pelzfutter, für empfindliche Füße. 16.-



Damen-Pelzstiefel zum Schnallen, zum Schnüren aus Kalf oder m. Gummizug, ff. Filz, 1 Schnalle, la Qualität 3.50  
 durchweg feines Leder, warmes Futter 7.50  
 ff. Filz, 2 Schnallen, rings Rindlack 8.-  
 weich Sattellleder, echt Pelzfutter 10.-  
 Chevreaulleder, enorm warm gefüttert 11.-  
 la Chevreaulleder oder la Box-Kalf-Leder, echt langhaarig, Pelzfutter 14.-



ff. Filz-Morgenschuhe ausson Leder, innen warm gefüttert 2.-  
 Steppschuhe mit Absatz, gute Qualität 2.50  
 1 Puster weiche, farbige ff. Filz-Morgenschuhe, soweit Vorrat 65 Pf.

**Kinderschuhe billigtst Gummischuhe**

**Ludwig Herz**  
 Breslau, Blücherplatz 4

**Ein kräftiger Knabe,** welcher Lust hat das Biederhandwerk zu ler., f. sich melb. b. Heinrich Brenner, Biedermeister, Alt-Dohn, Nr. Waldenburg, 14874

**Hochstraße 16, I.**  
 Schöne Wohnungen 15 1/2-17 Mk. bald zu verm. Wdh. b. Wagner. 14848

**Pfänder-Auktion**  
 Veräußerung bis 6. November 1906.  
**Pfandleh-Institut,**  
 Oelenerstraße 12. 4825

**Pfandleih-Institut**  
 A. Kühn, Kupferschmiedestraße 40.  
 Gute Wiedübertrage, beliebt Gold- und Silberfachen in jeder Höhe, Wäsche, Kleidungsstücke usw. 14437

**Bekannt feinste Tafel-Butter**

Jetzt nur 1,30 Mk. das Pfd.  
 Besteßes Spezialgeschäft am Ring  
**Paul Mischke** 14724  
 Nur Ring Nr. 5.

**Stopf- u. Bratgänse**  
 sowie 4738

**Gänseteile und Fett**  
 täglich frisch - preisbillig.

**Jacob Sperber,**  
 Nr. 10, Gartenstraße Nr. 10  
 gegenüber Vieh's Oelabfasserment.

**KRAWATTEN**

Sämtliche Herren-Artikel zu billigsten Preisen 14869  
**Meta Fränkel**  
 Albrechtsstrasse 28/29  
 (gegenüber der Hauptpost)  
 Gräbschenerstrasse 4  
 2. Haus vom Sonnenplatz.

Großes Lager von Uhren, Gold-, Silber- und optischen Waren. Reparaturen jeder Art.  
**Eugen Klopsch, Uhrmacher**  
 Bohrauerstraße 27 14946  
 vis-à-vis der Salvator-Kirche.

in allen Größen.  
**Joppen**  
**Gustav Knauerhase**  
 Subst.: Oskar Dehmel, nur Neumarkt 45.

**Spazierstöcke**  
 ständig neue Muster  
 4512

**Gustav Baier**  
 Adalbertstraße 2, Ecke Uferstr.  
 Kupferschmiedestraße 50/51,  
 Ecke Alsbücherstraße.

**Wilhelm Knauerhase,** Nur Ring, Baude 89/90  
 [4096] liefert billigt  
 Arbeiter-Garderobe, Strickwollen, Walkjaken, Stoff- u. Arbeitshosen, Winterjoppen, Herren- u. Knabenanzüge. Spezialität: Blaue Normal-Arbeitsanzüge für Maschinenisten u. Schlosser. - Bitte genau auf Firma zu achten.  
 Nur Ring, Baude 89/90.

**Sie sparen wirklich viel Geld**  
 wenn Sie jetzt schon Ihren Weihnachtbedarf in allen Haushaltungsartikeln und in Spielwaren im dem 4867  
**grossen Räumungsverkauf**  
**Robert Kornmann,**  
 Friedrich-Wilhelmstrasse 50  
 beden, da wegen Hubau die großen Lager- und Kellerräume sofort geräumt werden müssen.

**Sie haben ihn**  
 den Beweis, dass Sie Ring 7 spottbillig einkaufen, denn dort werden die Restbestände der erworbenen  
**Konkursmasse**  
 von Adolf Wittke, Bunzlau, und andere Waren zu jedem annehmbaren Preise verkauft.  
 Paletots . . . . . von 845 an  
 Anzüge . . . . . 700 „  
 Hosen . . . . . 135 „  
 Joppen . . . . . von 420 an  
 Kinderanzüge . . . . . 215 „  
 Leibchenhosen . . . . . Stück 88 Pf.  
**Stoffe und Reste spottbillig.**  
 4862  
 Kurfürstenseite **Ring 7** Kurfürstenseite.

**Zigaretten- (Arbeiterinnen und Hausarbeiterinnen)**  
 für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. 4759  
**Zigaretten-Fabrik Gebrüder Halpaus,**  
 Neuschestrasse 46.

**Belohnung**  
 erhält jeder, welcher bei uns  
**Herren-, Jünglings- oder Knaben-Garderobe**  
 kauft, durch reelle Qualität, gute Ausführung, billigen Preis.  
 Nur eigene Anfertigung.  
 Zur 4712

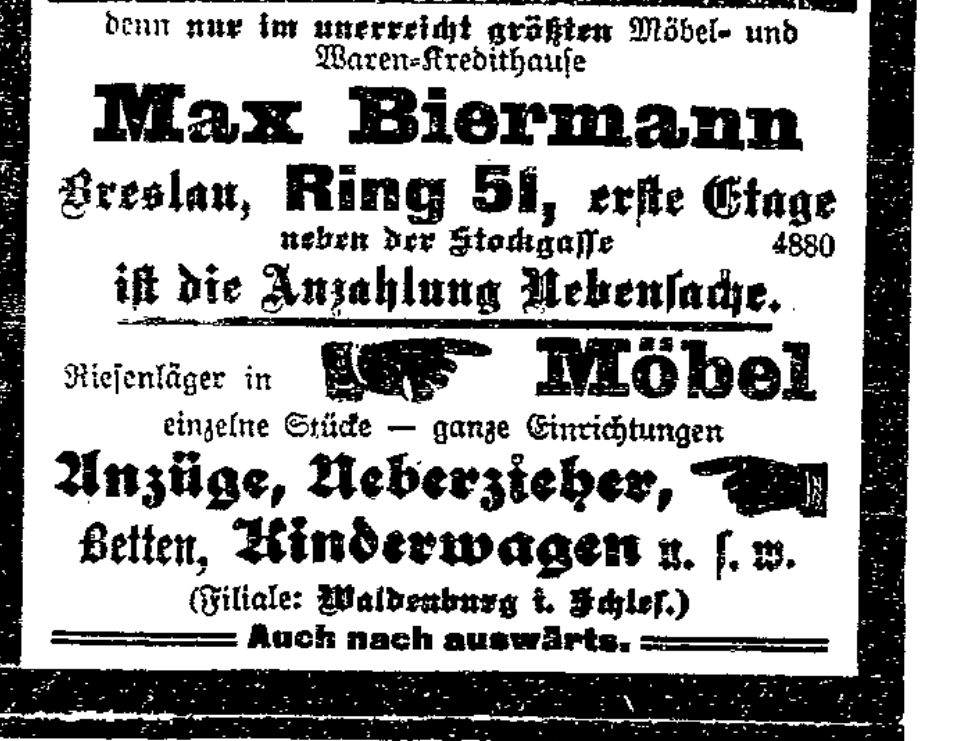


**Massanfertigung** (Winter-Berater mit gewöhnlicher oder höherer Taille).  
 große Stofflager. Mag. sehr u. far. Welt, Nr. 18. Florin, fertigt Göttinge, Nr. 21. August, far. u. st. Gese., Nr. 27. cc.  
**Jede Preislage.**  
**Karl Dehmel und Josef König**  
**i. F. Eduard Proskauer Nchf.**  
 Schmiedebrücke 66, str., I., II. u. III. Stg.  
 Prämiert. - Anerkennungen.

**Den Arbeitern u. Parteigenossen von Al.-Leubusch**  
 zur gefälligen Kenntnis, daß ich am 15. Oktober d. J. ein  
**Solonialwaren- und Verköstigungsgeschäft nebst Schnittwaren und Kinder-Konfektion**  
 an dem Orte und Site die Gerissen mich bestend unterziehen zu wollen. Wohlw. Anzeigebest.  
 4853  
**Robert Kutschmann.**

**Paul Pluntke**  
 Schirmfabrik  
 Friedr.-Wilhelmstr. 38  
 vis-à-vis „Deutscher Kaiser“  
 empfehle mein reichhaltiges Lager in  
 Regenschirmen, Krawatten,  
 Handschuhen, Herrenwäsche etc.  
 Filiale: 4872  
 Albrechtsstraße 51, Ecke Schuhbrücke.  
 Spezialität: Regenschirme von den billigsten bis zu den elegantesten Genres. - Spagierstoffe.

**Lassen Sie sich keinen Sand in die Augen streuen**  
 denn nur im unerreicht größten Möbel- und Waren-Kreditbause  
**Max Biermann**  
 Breslau, Ring 51, erste Etage  
 neben der Stadtgasse 4880  
 ist die Anzahlung Nebensache.  
 Hiesigenlager in **Möbel**  
 einzelne Stücke - ganze Einrichtungen  
**Anzüge, Weberzieher, Betten, Kinderwagen u. s. w.**  
 (Filiale: Waldenburg i. Schles.)  
 Auch nach auswärts.



**Grosser Konkurswaren-Ausverkauf**  
 des von mir erworbenen Kaufhauses  
**Gebr. Cheim'schen Konkurswaren-Lagers**  
 und anderen Waren, befindet sich jetzt  
**Friedrich-Wilhelmstr. 36,** Eckhaus  
 Dossauerstr. 4870  
**Grosse Gelegenheitskäufe.**  
 Bezüge . . . . . v. 2,45 M. an  
 Bettdecken . . . . . v. 1,25 M. an  
 Steppdecken . . . . . v. 2,75 M. an  
 Wollene Bettlaken . . . . . v. 85 Pf. an  
 Gardinen . . . . . Meter v. 23 Pf. an  
 Karliort-Umschlagetüch. v. 95 Pf. an  
 Herren-Arbeitsjassen v. 1,10 M. an  
 Moderne Herrenanzüge kariert u. glatt v. 7,50 M. an  
 Wachstuch, Barchente Meter v. 75 Pf. an  
 Blaue Bluser . . . . . v. 95 Pf. an  
 Wollene Damenhemden v. 85 Pf. an  
 Herrenhemden . . . . . v. 95 Pf. an  
 Kinderhemden . . . . . v. 35 Pf. an  
 Damenhosen . . . . . v. 85 Pf. an  
 Unterröcke . . . . . v. 95 Pf. an  
 Kinderröckchen . . . . . v. 35 Pf. an  
 Trikot-Kinderanzüge v. 45 Pf. an  
 Winter-Strickwolle Lage v. 18 Pf. an  
 Konfektionsgarn, Rolle v. 14 Pf. an  
 Portieren u. Läuferstoffe v. 38 Pf. an  
 Joppenanzüge . . . . . v. 3,50 M. an  
 Herren-Joppen . . . . . v. 4,75 M. an  
 Kragen, Chemisets, Krawatten, Hosenträger u. s. w.  
 Reste in Zäcken, Inlett, Leinwand, Velour, Barchente, Kleiderstoffe bis zur Hälfte des Wertes.  
**Ladeneinrichtung billig zu verkaufen.**

Aus den Gerichtssälen.

Der Quartiermacher.

Der Trainisolbat Hübner vom Trainbataillon 6 in Breslau hatte sich am 16. September unerlaubt von seinem Truppenteil entfernt. Um auf seiner Wanderung um Breslau zu leben, ging er in Rosenvorwerk und Schöllgäu in Bekleidungen hinein, gab an, er sei Fouzier und bestellte für vier Mann nebst Herden Quartier. Er erhielt auch Verpflegung. Vor dem Kriegsgericht beantragte der Gerichtsassessor sechs Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Kriegsgericht erkannte auf sieben Monate und die Ehrenstrafe.

Unserhört Verbrechen

In Bezug auf Arbeiterkündigung kamen in einem Strafprozeß gegen den Sägewerksbesitzer Ignaz Wiest in Rempten (Allgäu) vor der Strafkammer des dortigen Landgerichts ans Licht der Verhältnisse. Der Unternehmer, einer der reichlichsten Scharfmacher, zugleich aber auch bekannt als durch und durch frommer, katholischer Mann, wenigstens nach außen hin, hatte sich in Gemeinschaft mit seinem Werkführer wegen fahrlässiger Tötung eines Arbeiters zu verantworten. Am 12. Februar wurde im Betrieb des Wiest eine Maschine besetzt. Es mußte aber weiter gearbeitet werden, was nur dadurch möglich war, daß man mit einer Kette die Maschine zusammenstellte und einem Arbeiter den Auftrag erteilte, mit einem Sebel in der Hand die gestaute Maschine zu unterfüttern. Kaum war das Werk im Gange, so wurde der Arbeiter an die Wand geschleudert. Schwer verletzt mußte er weggetragen werden. 6 Wochen lag er im Bett. Aber trotz dieses Unfalles mußte wiederum weitergearbeitet werden. Es dauerte nicht lange, so war ein zweiter Arbeiter eine Leiche. Das war der 4. Unfall innerhalb kurzer Zeit in ein und demselben Werk, darunter 4 Todesfälle. Das unglaubliche an dieser betriebsbedingten Katastrophe ist, daß bereits früher ein Arbeiter an der gleichen Maschine und unter ähnlichen Umständen sein Leben lassen mußte. Ein Sachverständiger erklärte vor Gericht, daß die schauerlichsten Zustände in dem Wiest'schen Werk im Jahre 1900, also vor 6 Jahren, schon bestanden worden waren, aber bis heute noch nicht geändert worden sind. Schon stets sei dem Wiest die Einstellung des Betriebes angedroht worden. Ein drittes, in solch miserabilem Zustande befindliches Werk — sagte dieser Sachverständige weiter — sei ihm in ganz Bayern nicht zu Gesicht gekommen. Rechtsrat Gänler vom Stadtmagistrat nennt den Wiest, daß der Unternehmer in solch außerordentlich leichtfertiger Weise mit dem Leben der Arbeiter umging, eine Unverschämtheit sondergleichen; Regierung und Stadtbehörde hätten bei ihm kein Gehör gefunden. (1) Wie die Verhältnisse speziell an der genannten Maschine im allgemeinen lagen, haben die Arbeiter beunruhigt. Alle Gutachter und Sachverständigen fallen über die Unverschämtheit der Sicherheitsmaßregeln in diesem Betriebe ein. Geradezu verurteilend ist ein Urteil. Ein Polizeikommissar schließt aus der Zahl der Unfälle und aus dem Umstand, daß sich die sozialdemokratische Presse fortwährend mit diesem Betriebe beschäftigte, daß nicht alles so gewesen sei, wie es sein sollte. Aus all den Gutachten und Zeugenaussagen geht hervor, daß die amtlichen Organe schon seit Jahren von den Zuständen mehr oder weniger Kenntnis gehabt haben, daß man aber gegenüber dem Unternehmerproben, dem Verbrecher an Leben und Gesundheit der Arbeiter, nicht den nötigen Mut besaß, mit aller Strenge des Gesetzes, die man bei geringfügigen Streifergehen der Arbeiter immer anzuwenden weis, vorzugehen. Und gerade dieser Polizeikommissar war es, der mit allen Mitteln der Polizeischranken den Arbeitern des brutalen Unternehmers auf dem Gerate sah, als sie fast ein Vierteljahr lang im Streik standen, um den richtungslosen, auf nichts als auf seinen Profit achtenden Unternehmerproben zur Abschaffung von polizeiwidrigen Zuständen im Betriebe zu zwingen und zahlreiche Gefängnisstrafen wurden über Arbeiter verhängt, die im Kampfe gegen diesen schamlosen Ausbeuter nach dem Buchstaben des Gesetzes zu weit gegangen sind. Jetzt, da das Unglück geschehen ist und die öffentliche Meinung nicht mehr länger zu ignorieren ist, jetzt stellt man sich hin und beteuert die Verbrechen des Ausbeuters, die man bisher still gebuldet oder gar indirekt unterstützt hat.

Der politische Hintergrund.

Wegen nicht weniger als fünf strafbarer Handlungen hatte sich kürzlich der Kohlenarbeiter Karras vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts zu verantworten. Er hatte während des Kohlenarbeiterstreiks aus einem vorüberfahrenden Kohlenwagen die hintere Schürze herausgerissen und insolgedessen waren einige Preßkloben heruntergefallen und zerbrochen. Außerdem sollte er

den Wagenführer Streifbender genannt und ihn geschlagen haben. Wegen dieses harmlosen Vorfalls wurde er wegen Sachbeschädigung, öffentlicher Beleidigung, versuchter Mordung, Körperverletzung und wegen Vergehens gegen § 153 angeklagt. Von den drei letztgenannten Vergehen wurde er freigesprochen, wegen Sachbeschädigung und öffentlicher Beleidigung aber zu einer Woche Gefängnis verurteilt, obwohl der Wagenführer sich als Kohlenhändler (nicht Streifbender) entpuppte und seinen Schaden auf nur 2 Mark bezifferte. Der Staatsanwalt hatte ferner noch schreiße sechs Wochen beantragt. Das Gericht nahm an, daß der Fall ziemlich harmlos sei, bekannte aber ganz offen, eine Geldstrafe dem noch unbestraften Angeklagten deshalb nicht auferlegen zu können, weil die Sache doch immerhin einen „politischen Hintergrund“ habe. Wieder ein Beitrag zur Beurteilung der Unparteilichkeit unserer Richter!

Eine 16-jährige Mörderin?

Unter der Anklage des Mordes eines unschuldigen kleinen Kindes wurde diese Woche das 16-jährige Dienstmädchen Frieda Schütz der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin vorgeführt. Es handelt sich um einen unglaublich gefühllosen Mord, welchen man der jugendlichen Mörderin mit dem Kindergesicht gar nicht zutrauen möchte. Welt ihr der Dienst gefälligst worden war, hatte die Sechzehnjährige dem kleinen achtmönatlichen Kinde ihrer Dienstherrschaft ein scharfes Messer in die Brust gesteckt und die Wunde bis zum Hals durchgedrückt. Die Angeklagte ist die einzige Tochter ehrbarer Handwerkerleute, die sich schlecht und recht durchs Leben schlagen mußten. Als nach ihrer Entlassung aus der Schule mußte die Kleine einen Dienst annehmen. Aber schon nach kurzer Zeit wurde sie auf mehreren Dienststellen wieder entlassen. Am 1. Dezember vorigen Jahres wurde die S. von dem Werkmeister Fehnow in Charlottenburg als Dienstmädchen angenommen. Anfanglich führte sie sich sehr gut. Bald aber besaß sie die Herrschaft, kam spät nach Hause und war sehr unordentlich und unsauber. Frau S. hätte die Angeklagte längst schon entlassen, wenn diese sie nicht inständig gebeten hätte, sie wenigstens noch so lange zu behalten, bis sie einen neuen Dienst gefunden habe. Diese Gümlichkeit sollte für Frau S. die allergrößten Folgen haben. Am 28. Mai d. J. gab es in dem S.'schen Hause „große Wäsche“. Als sich die Angeklagte hierbei insbesondere als faul und Ungerichtlich erwies, wurde ihr von Frau S. endgiltig der Dienst gekündigt. Am Abend desselben Tages saß die Mädchen einen wahrhaft teuflischen Plan. Sie füllte einen Fingerhut voll Zuckersäure, die zum Putzen des kupfernen Waschtisches benutzt werden sollte, und schüttete das Gift in die Milch des kleinen Kinde S., welche dieser in der Nacht trinken sollte. Hierauf bezog sich die jugendliche Verbrecherin ruhig in ihre Kammer und legte sich schlafen, als ob nichts geschehen sei. Wie sie vor Gericht auf Befragen des Vorsitzenden erklärte, habe sie sogar in dieser Nacht sehr gut geschlafen, in der die Mutter selbst nichtisahnend ihrem Kinde den Gifttrunk reichte. Am nächsten Morgen fand man den kleinen mit vergifteten Augen in seiner Wiege liegend. Es wurde sofort ärztliche Hilfe hinzugezogen, die jedoch nichts mehr ausrichten konnte. Unter den schlimmsten Qualen verstarb das unglückliche kleine Wesen am Nachmittag des 29. Mai. Der Verbaht eines Verbrechens trachtete zuerst in der Mutter des auf so schändliche Weise umgebrachten Kindes auf. Am 30. Mai wurde die Angeklagte verhaftet und der Polizei in Charlottenburg vorgeführt, der sie die ihr zur Last gelegte Straftat mit aller Energie bestritt und sogar die unglückliche Mutter des getöteten Kindes verdächtigte, daß sie selbst ihr Kind ermordet habe. Erst später legte sie ein offenes Geständnis ab, welches sie vor Gericht wiederholte. — Der Gerichtschreiber Dr. Jeserich hat an der Leiche des getöteten Kindes, trotz eingehender Untersuchungen, Spuren von Zuckersäure nicht entdecken können. Unter den übrigen medizinischen Sachverständigen stellte sich eine Uneinigkeit über die Frage heraus, ob die geringe Menge des giftigen Giftes als alleinige Todesursache in Betracht komme. Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebsch stellte deshalb den Antrag, durch Hinzuziehung weiterer Sachverständiger über diese Punkt völlige Klarheit zu schaffen. Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und zu dem nächsten Termin den Gehelmen Rat Prof. Dr. Liebreich zu laden sowie ein Gutachten des königlichen Ober-Medizinal-Kollegiums einzuholen. — Hoffentlich bringt der nächste Termin auch darüber etwas Klarheit, welche Gründe das angeklagte Kind zu der stittlichen Verwahrlosung geführt haben und ob es die zur Erkenntnis der Straftat ihrer Handlung erforderliche Einsicht besaß. Gerade in den Jahren der Entwicklung zur geschlechtlichen Reife zeigen sich nicht selten krankhafte Veränderungen des Seelenlebens, die die Einfichtsfähig-

keit und Widerstandsfähigkeit außerordentlich beeinflussen. In das junge Mädchen gefügt normal, so ist ihre entsetzliche Tat unerklärlich. Ein Schuhmann als Inhabler. Vor der Strafkammer in Berlin stand der frühere Schuhmann Hermann Otto Wicher unter der Anklage, während seiner Dienstzeit als Beamter der königlichen Polizei zugleich der Inhaber einer Prostituierten gewesen zu sein und dieser Person einen Geldebetrag von 210 Mark unterschlagen zu haben. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Parteischule und die Parteikorrespondenz hat Genosse Pfannkuch auf dem Magdeburger Bezirkstage u. a. folgende Angaben gemacht: Es kamen 65 Genossen in Betracht, deren Bewerbungen von den Bezirksleitungen vorgeprüft waren. 30 sollten und konnten aber nur aufgenommen werden. Das ist die höchste Zahl; der Parteivorstand hatte ursprünglich nur 24 Teilnehmer vorgelesen. So wie so sind schon nicht aus allen Bezirken Genossen berücksichtigt worden. Aber so weit es möglich war, hat der Parteivorstand allen Bezirken Rechnung getragen. Die Genossen, die jetzt nicht berücksichtigt wurden, werden im nächsten Jahre in erster Linie in Betracht kommen. — Der Preis der nach der Parteikorrespondenz verlangenden wurde ein außerordentlich großer. Der Parteivorstand hat schon die Frage in Erwägung gezogen, ob nicht die „Korrespondenz“ im Abonnement abzugeben sei. Die Frage ist allerdings noch nicht entschieden.

Zum Prozeß gegen die Genossin Rosa Engemann wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten ist der Termin am Landgericht zu Weimar auf den 12. Dezember verlegt worden.

Zum Leiter der Bildungsschule in Berlin wurde Genosse Heinrich Schulz Bremen bestimmt. Genosse Schulz war bisher als Redakteur an unkränker Bremer Parteiorgan tätig.

Vom Fortschritt der Presse. Am 750 Abonnenten ist die „Mainzer Volkszeitung“ seit dem 1. Oktober gewachsen, da sie ihren Umfang erweiterte. — Der Pariser „Volkstfreund“ vergrößert seinen Umfang. Anstatt zweimal soll künftig regelmäßig dreimal in der Woche eine Beilage gegeben werden. — Die Magdeburger „Volksstimme“ hat vom 30. Juni 1906 bis 30. Juni 1906 ihren Abonnentenstand von 19,400 auf 18,800, also um 4900 gestiegen. Der Umfang ist bedeutend vergrößert worden. Seit dem 1. Oktober v. J. ist die Druckerei Parteieigentum.

Arbeiterbewegung.

Zur Bewegung des Verfalls. Für den nächsten Sonntag haben die Verbände wiederum zahlreiche Versammlungen einberufen. Entscheidende Beschlüsse werden aber darin nicht gefaßt werden. Ueber die eventuell zu ergreifenden Maßnahmen wird erst die am 9. November stattfindende Sitzung der Eisenarbeiterkommission in Verbindung mit den Organisationsleitungen beraten.

Die Erfurter Straßenbahner eruchten durch eine von ihnen gewählte Unterkommision die Direktion um Abhilfe der schlimmsten Mißstände und Zurücknahme der Kündigung eines gemobbelten Wagenführers. Als Antwort erhielten 7 Mann, die Wortführer in den letzten Versammlungen, gefälligst, Mittwoch früh reichlichen inoffiziellen familiäre Wagenführer ihre Kündigung ein.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Arbeiter des fünf großen Nähmaschinenfabriken in Weiskesfeld. Sie reichen ihre Forderungen ein und eruchten um Antwort bis zum 7. November. In Betracht kommen rund 6000 Arbeiter. — Auch in der Nähmaschinenfabrik von Seidel und Naumann in Dessau haben 2000 Arbeiter den Streik angekündigt, wenn ihre Klagen betreffend die menschenunwürdige Behandlung seitens der Fabrikleitung nicht beseitigt werden.

Der Ausstand der Wiener Schiffer hat sich, wie aus Hamburg gemeldet wird, dadurch verwickelt, daß die Steuerleute der vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften eine Forderung von 10 Mark monatlicher Lohnhöhung einreichen. In Geseßmünde liegen jetzt acht von den Mannschaften verlassene Fischdampfer, die Zahl der Ausständigen ist auf 80 gestiegen. Bestimmte Forderungen haben sie noch nicht gestellt, doch sollen die Reedereien sich zu Zugeständnissen bereit erklärt haben.

Beendete Lohnbewegung. In der großen Stumpffabrik von Neulitzsch und Thalheim in Chemnitz ist die Lohnbewegung beendet. Die Firma machte den Arbeitern Zugeständnisse, worauf 850 Arbeiter ihre Kündigung zurückgaben.

Die Aussperrung von Werbers ist, wie der Telegraph schon kurz berichtete, durch ein Uebereinkommen zwischen Unternehmer und Arbeiter beendet. Der abgeklärte Vertag anerkennt die beiderseitigen Organisationen als die Vertreterinnen der Interessen der Arbeiter, beziehentlich der Unternehmer. Nach den Vereinbarungen soll in Zukunft eine Aussperrung oder ein

Genossen! Gedenkt des Stadtverordneten-Wahlfonds!

Aus aller Welt.

Die betrogene Betrügerin. In einer Gastwirtschaft mit Mädchenbedienung im Südwesten der Stadt Berlin verkehrte seit einiger Zeit der ungarische Schneider Jakob Tullinad, der mit seinem feurigen Wesen nicht nur die Kellerfrauen zu fesseln verstand, sondern auch der Wirtin den Kopf verdrehte. Als deren Mann dieser Tage mit einer Erbschaft aus Ungarn zurückkehrte, überredete der Ungar die Frau, ihm einen Teil der Erbschaft zu geben und mit ihm nach Amerika zu emigrieren. Die Frau ging darauf ein, gab dem Ganer 2300 Mark und verschwand aus der Wohnung. Als der Wirt auf der Suche nach seiner Frau und dem Gelde in die Wohnung des Ungars kam, fand er zwar dort seine halbe Gattin geknickt und verumtötigt vor, aber der verführerische Ungar war mit dem Gelde durchgebrannt und hatte sie sitzen lassen. Die Polizei ist jetzt hinter ihm her.

Zu dem Untergang des Argodampfers „Germann“ werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Nach Aussage des geretteten Heizers Mäßer, der vor dem deutschen Generalkonsul in Antwerpen verhört wurde, hat die Kollision des Dampfers „Germann“ in der Nähe des Goodwin-Feuerschiffes mit einem viermächtigen am Sonntag, den 28. v. M., Abends gegen 8 Uhr 30 Minuten, stattgefunden. Das Wetter war klar und sichtig, es herrschte aber Sturm bei hoher, wilder See. Der Viermächtiger traf den Dampfer an Bord mit voller Wucht in der Nähe des Maschinenraumes. Bevor noch die Boote ausgelegt waren, sank der Dampfer. Nach einem Telegramm des Vertreters der Argodampfer-Gesellschaft in Bismarck ist auf der dortigen Rede der Viermächtiger led vor Anker gegangen. Es sollen zwei Mann des Dampfers „Germann“ gerettet sein. Der englische Dampfer „Ondaspe“ rettete am Montag Vormittag 11 Uhr den auf einem Eisklotz treibenden Rumpf des Dampfers „Germann“ und brachte ihn nach Hamburg. Die Angaben dieses Geretteten weichen von denen des Heizers ab. Der Rumpf erklärt, er sei sieben Stunden auf dem Wasser umhergetrieben. Der Zusammenstoß sei morgens 4 Uhr bei sichtigem Wetter, starkem Wind und bewegter See erfolgt. Kapitän Legg von „Ondaspe“ teilt mit, er habe Montag in der Nähe des Goodwin-Feuerschiffes eine Menge Wrackstücke treiben sehen und daraus geschlossen, daß ein Schiffszusammenstoß stattgefunden habe. Er ließ scharfen Ausguck halten, und man entdeckte den treibenden Rumpf, der mit dem Rettungsboot an Bord geholt wurde. Vom „Ondaspe“ aus sah man auch einen Mann auf einem kleinen treibenden Boot, der von einem Fischdampfer gerettet wurde. Nach Aussage des Rumpfs sind zwei Leute von einem Fischdampfer gerettet worden. Die Gesellschaft „Argo“ hofft, daß mindestens der größte Teil der Besatzung des „Germann“ gerettet ist, weil der Unfall an der bestbesetzten Stelle des Kanals sich ereignet hat.

Kleine Chronik. Aus Berlin wird zu dem Mord an dem Bierkutscher Hoale gemeldet, daß Polebiad der Tat überführt sei, da seine blutige Weste in seiner Wohnung in Mänschberg gefunden wurde. Die Obduktion hat ergeben, daß der Bierkutscher auf dem Kopf geschlagen und daß ihn der Mörder während des Schlafes mit der Art erschlagen hat. — In Berlin hat sich im Angesicht seiner Gattin in der vergangenen Nacht der 33-jährige Keller Paul Götthner aus der Dietrichstraße 6 erschossen. Er war auf der Stelle tot. Liebesgram und Lebensüberdruß hatten G. in den Tod getrieben. Vor Verhängung des Selbstmordes schrieb er an seine Frau und an seine Eltern Abschiedsbriefe. — Unter dem Verdacht der Genidstare ist ein Soldat des 5. Garderegiments in Spandau plötzlich gestorben. — In Hannover erfolgte auf dem Gewittermarsch der Rautschul- und Gattienberga-Compagnie eine Explosion, durch die ein Arbeiter schwer, ein junger Mann und eine Anzahl Kinder leicht verletzt wurden. — Unter dem Verdacht zahlreicher Missethaten wurde der De'an und Stadtpfarrer Lauter in Mänschberg verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Hof zugeführt. Nach einer späteren Meldung wurde De'an Lauter einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt, doch nimmt die Untersuchung gegen ihn Fortgang. — Die Frau des Arztes in Werra, welche beschuldigt werden, durch ihre Weigerung Hilfe zu leisten, den Tod einer Frau an Krampfadern verschuldet zu haben, haben das ehrentreue Verfahren gegen sich selbst beantragt. — Ein allgemein beliebiger katholischer Geistlicher und die Tochter eines Handwerkers sind in Werra aus Mangel an Lebensmitteln. Seiner hochbetagten Eltern und den Geschwistern, die er unterstützte, hat der Geistliche brieflich angezeigt, daß er über die Werra gegangen sei.

Das dem Baron Dr. Kopschöld und seiner Großmutter Baronin James gebürige Schloss Fontaines bei Paris wurde in der dreißigsten Nacht ausgeraubt. Silber und Juwelen im Werte von mehreren Millionen wurden weggetragen. — Ein an der Südküste Frankreichs wütender heftiger Sturm hat in Niaga großen Schaden angerichtet. Die englische Promenade ist teilweise vernichtet. In mehreren tiefer gelegenen Straßen steht das Wasser einen halben Meter hoch. Auch in den Gärten ist großer Schaden gemacht worden. — Aus St. Raphael wird berichtet: Ein heftiger Sturm richtete gestern Abend an den Felsenküsten großen Schaden an und führte den Verlust von drei Handelschiffen und mehreren Fischerfahrzeugen herbei. — Aus Cannes meldet der Nacht vom 1. November: Im Hafen ist heute durch ein Unwetter erheblicher Schaden angerichtet worden. Einige kleine Schiffe sind gesunken. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Das schlechte Wetter hält an. — Auf dem Mälarsee fand ein Zusammenstoß des Dampfers „Tranlit“ mit dem Schleppdampfer „Ferm“ statt, beide aus Stockholm. „Ferm“ ist gesunken. Von seiner Besatzung wurden sechs Personen durch den „Tranlit“ gerettet. Die übrigen fünf sind ertrunken. — Bei einem Zusammenstoß zweier Warenzüge auf der Strecke Chemnitz-Sebnitz wurden 22 Waggons mit einer Lokomotive zertrümmert. Der Verkehr der Warenzüge mußte eingestellt werden.

Kriminalistischer Scharfsinn. Vorigen Landgerichtspräsident Dr. Hüning in Breslau teilt mit, daß das Ermittlungsverfahren nach dem Schutzwagen, der Hiemal die Hand gefaßt, auch jetzt noch kein Ergebnis gehabt hat. Freigeklärt wurde jedoch, daß der Scharfsinn mit einem scharfsinnigen Scharfsinn und einer gewissen Kraft ausgeübt worden sein muß. Angeregt durch diesen in der Geschichte der Kriminalistik noch nicht erörterten Scharfsinn, dröhrt und Scharfsinn zum Abenden Kaffeehaus folgendes: Ich habe auf Ihre Anfragen vorläufig folgende hochwichtige Befragungen machen können: 1. Der falsche Dampfer steht nicht in der Rangliste. 2. Die falsche Tat muß mit einer gewissen Schamhaftigkeit ausgedrückt werden sein. (Schluß im N. N.)

Streit nicht mehr stattfinden, bevor nicht von Vertretern beider Parteien...  
Streit nicht mehr stattfinden, bevor nicht von Vertretern beider Parteien...  
Streit nicht mehr stattfinden, bevor nicht von Vertretern beider Parteien...

**Eine englische Streikbrecherorganisation.** Der Verband freier Arbeiter...  
Der Verband freier Arbeiter...  
Der Verband freier Arbeiter...

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. November.

#### Achtung, Parteigenossen!

Alle Genossen, die am Stadtvorordneten-Wahltag, am Sonnabend, den 10. November, bei der Wahlarbeit helfen wollen, und zwar von früh 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, werden ersucht, sich umgehend im Partei-Sekretariat Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Stage, zu melden.

#### Insbesondere werden

#### Schreibgewandte Genossen

gebraucht, die als Listenführer usw. tätig sein müssen; ferner wollen sich

#### Radsfahrer

melden. Die Arbeit wird entschädigt.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

#### Achtung, Parteigenossen!

Die Genossen, die noch im Besitz von Haus-Listen für die Stadtvorordnetenwahlen sind, werden dringend ersucht, diese Listen umgehend an die Bezirks- bzw. Distrikts-Führer abzuliefern, damit die weiteren Wahlarbeiten erleichtert werden können.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

#### Breslau in Deutschland voran!

Einen Ruhm hat die Stadt Breslau vor allen anderen deutschen Städten jedenfalls, wenn auch einen nur sehr traurigen: Es hat von allen deutschen Städten, die überhaupt noch eine solche Steuer haben, die höchste Steuer auf Fleisch! Die Schlacht- und Geflügelsteuer bringt Breslau annähernd zwei Millionen Mark, und hinter dieser gewaltigen Summe bleibt die nächstgrößte, die der Stadt Dresden, die etwa 900,000 Mark aus der Fleisch- und Fischsteuer erzielt, um mehr wie eine Million Mark zurück. Dann folgen Wachen mit 640,000 Mark, Stuttgart mit 632,000 Mark, Straßburg mit 530,000 Mark, München und Posen mit 332,000 Mark, Rassel mit 316,000 Mark, Potsdam mit 307,000 Mark, Wiesbaden mit 295,000 Mark, Mainz mit 236,000 Mark. Auch wenn man die Einwohnerzahl zur Grundlage der Berechnung macht, bleibt Breslau weitans an der Spitze in Bezug auf diese Behinderung des wichtigsten Nahrungsmittels.

Diesen beneidenswerten Ruhm tragen ganz unbedingt unsere Liberalen, sie mögen sich noch so „liberal“ gebärden, besonders gegenwärtig, in der Zeit der Stadtvorordnetenwahlen. Sie können sich ja auch nicht einmal damit herausheben, daß es die immer stärker gewordene Stadtvorordnetenfraktion der „Freien Vereinigung“ gewesen sei, welche die Annahme der Schlachtsteuervorlage herbeigeführt hätte. Im Jahre 1899 stimmten 27 Klerradikalkonjunktur und 35 Liberale für Erhebung der Schlachtsteuer! Das genügt doch wohl? Bei der letzten Entscheidung über die Frage, ob die Steuer nochmals weiter erhoben werden solle, im Jahre 1902, gingen die Liberalen der unangenehmen Feststellung, wie viele von ihnen für die Schlachtsteuer stimmen würden, dadurch aus dem Wege, daß sie den Antrag auf namentliche Abstimmung zu Falle brachten. So konnte mancher der Herren für die Schlachtsteuer stimmen und nachher vor seinen Wählern doch, wenn es not tat, als Gegner dieser Steuer auftreten. So sehen liberale Volksvertreter aus.

Bekanntlich haben eine Anzahl Stadtvorkontrollen, die bisher die Fleischsteuer erhoben, davon aber nach den Bestimmungen des neuen Zolltarifgesetzes im Jahre 1910 absagen müssen, an den Reichstag die Petition gerichtet, er möge die Frist zur Aufhebung der Verbrauchsabgaben verlängern bis zum Ablauf der neuen Handelsverträge, also bis zum 31. Dezember 1917. Noch sieben Jahre länger wollen diese Städte die empörend ungerechten Steuern auf Fleisch, in einigen Fällen auch auf Brot, erheben dürfen! Da wäre es gewiß sehr interessant für die Breslauer Arbeiterschaft, zu wissen, ob zu diesen Petenten an den Reichstag auch die Breslauer Stadtvorkontrollen gehört. Eine Anfrage bei nachheriger Gelegenheit, in einer der nächsten Stadtvorkontrollen, dürfte darüber Klarheit schaffen. Wir sind sehr geneigt, anzunehmen, daß auch unser Breslauer hoher Magistrat sich dem Verlangen der anderen Stadthäupter begeben hat.

Wie dem aber auch sein mag, es hat jedenfalls unerschütterlich fest, daß an dem „Ruhm“ Breslaus, die höchste Fleischsteuer in ganz Deutschland zu erheben, die

liberalen Herren Breslaus die Hauptschuld tragen, tapfer unterstützt allerdings von der „Freien Vereinigung“. Wenn nichts weiter gegen diese Parteien vorläge, wenn sie nicht auch auf allen anderen kommunalen Gebieten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zurückgesetzt und größtenteils verlegt hätten, dann müßte schon diese eine Tatsache genügen, sie den Arbeitern als unfähig und unwürdig zur Vertretung der Breslauer Arbeiter erscheinen zu lassen. Welcher vernünftige Mensch kann in einer Zeit der unerhörten Vertierung aller Lebensbedürfnisse diesen Breslauer Fleischvertretern seine Stimme geben? Fort, hinaus aus der Vertretung der dritten Wählerabteilung mit solchen Leuten, kann am 10. November nur der Wahlspruch der Breslauer Arbeiter sein. Ginein aber in die Stadtvorordneten-Versammlung wirkliche, sozialdemokratische Vertreter der Arbeiterinteressen!

#### Die Zenträmmer auf dem Kriegspfade.

Eigentlich besagt diese Ueberschrift noch zu wenig. Zwar war die am Donnerstag Abend im Vincenzhaufe tagende Kommunal-Wählerversammlung von der Zentrumpartei einberufen worden, aber auch die Konservativen gaben sich gleichzeitig dort ein Stellbühnen, wenn auch die Häupter der letzteren, Justizrat Grünher und — man denke — der biedere Ritsche ihr Fernbleiben entschuldigten. Die Versammlung verlief programmäßig, es waren nur alle „christlichen Wähler“ eingeladen, um die Einigkeit zu dokumentieren. In den Ansprachen der Redner war wohl viel von Furchtlosigkeit die Rede, aber doch hielten beide Parteien die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit, indem die Sozialdemokraten von der Versammlung ausgeschlossen wurden. Es machten sich in dem geräumigen Saal circa 200 Personen eingefunden haben, darunter Reichs- und städtische Beamte, Mittelständler aller Art und was ja ganz selbstverständlich ist, eine Anzahl Christliche, die laut und still ihren Segen zu der fein abgetarnten Parade gaben.

Der Vorsitzende Redakteur Bürkner von der „Schles. Volkszeitung“ bedauerte die Laune der bürgerlichen Wähler bei den bisherigen Stadtvorordnetenwahlen und betonte, daß der kommunalwahlkampfs diesmal besonders scharf sein werde, da die Liberalen eine Einbuße ihrer Herrschaft befürchteten und die Sozialdemokraten über eine vorzügliche Organisation verfügten. Redner gab dann einen kurzen geschichtlichen Rückblick, schalt auf die Sünden des Liberalismus, der nun die konfessionelle Zwietracht in die christliche Bürgerkraft trage und lang dann ein Loblied auf die Freie Vereinigung, die in Breslau und im Stadtparlament einen Machtfaktor bilde, mit dem jede Partei zu rechnen habe. Er forderte die christlichen Wähler zur Einigkeit auf, damit die Freie Vereinigung am Wahltag den Sieg erringe. Dem Herrn Bürkner folgte der zweite Wahlmacher, der Kurator Jennig. Dieser Herr ging auch auf die Lage von Deutschlands tiefer Erniedrigung ein und lobte merkwürdigerweise die Kreiberr von Stein'sche Städteordnung. Letztere habe dem preussischen Volke zum Segen gereicht, weil sie die Entfesselung der gebundenen Kräfte herbeiführt und die Arbeitsfreudigkeit aller Bürger in der städtischen Verwaltung gefördert habe. Die Städteordnung baue sich auf dem Grundgedanken der „sozialen Verantwortlichkeit“ auf. Die politische Arbeit sei zwar mühsam, aber bedeutsam. Alle Berufsstände und Talente müßten mit vollem Herzen zusammenarbeiten (natürlich nur die von der Freien Vereinigung). Man solle sich auch nicht scheuen dem Gegner zu lernen. Vor allem gelte es unermüdet bis zum Wahltag zu arbeiten. Jeder christliche Wähler müsse zur Urne gehen, und dem Kandidaten der Freien Vereinigung seine Stimme geben. Es müsse verhärtet werden, daß Sozialdemokraten in die Stadtvorordneten-Versammlung gewählt werden: kein christlicher Wähler könne diese Herren wählen. Der Redner endete seine „erbaulichen“ Ausführungen — wie der Vorsitzende selber betonte — mit einigen Stichen auf die Liberalen.

Man kann leicht ersehen, wie der Kurator Jennig, dessen „Ansprache“ übrigens zum großen Teil aus allgemeinen Phrasen bestand, sich die von ihm selbst geforderte „logische Gerechtigkeit“ vorstellte. Er versteht das unter Ausschluß der Sozialdemokratie, trotzdem letztere den größten Teil der Breslauer Bevölkerung bildet, die kulturwerte mittelhohen und einen erheblichen Teil an Steuern zu aufbringen muß.

Nach Jennig kam der ebenfalls von der Freien Vereinigung auf den Schild gehobene Kandidat, der Stadtvorordnete Jeron an die Reihe. Er begann seine Vorstellung mit den Worten, daß die Bürgerschaft nach Größe, Stärke und Leistungsfähigkeit Anteil an der städtischen Verwaltung haben müsse. Der Redner tat die kommunalpolitische der Liberalen mit wenigen Worten ab, er weiß, daß sie in seinem Bezirk keine große Rolle spielen und deshalb ungehörlich sind. Am eingehendsten behandelte er sich dagegen mit den Herren Sozialdemokraten, die ihm das Leben bis zu den Wahlen noch recht sauer machen werden. Er „zerpflückte“ die beiden von uns herausgegebenen Flugblätter. Was die Steuer anbetreffe, so brächten die Bürger und nicht die Arbeiter die meisten auf. Die Schlachtsteuer belastet die Arbeiter wohl, aber die 2 Millionen Mark könne die Stadt nicht entbehren, wenn sie nicht zu anderen Steuern greifen wolle. Gern sei er nie für die Schlachtsteuer gewesen, aber in wenigen Jahren würde sie ja soviel befreit. Dagegen möge man bedenken, daß der Stadt die Volksschulen 5 Millionen Mark pro Jahr kosteten, jedes Kind 60 Mark. Das läge doch der Arbeiterschaft auch zu gute.

Je weiter Herr Jeron in seinen Ausführungen fortschritt, desto mehr entpuppte er sich als die hohe Inskuldb vom Lande. Die Sozialdemokraten wollten gerechte Befreiung. Er auch. Die Gehälter der höheren und niederen Beamten sollten in einem gerechten Verhältnis stehen. Er sei auch dafür. Die städtischen Arbeiter sollten besser entlohnt werden, das sei doch geschehen. (24 Stundenlohn der Gasarbeiter. Löhne von täglich 2.50 Mk. usw. d. Her.) Die Bezahlung der Grundbesitzer solle aufhören. Eine solche Befreiung gar nicht. Billige Arbeiterwohnungen forderten die Sozialdemokraten. Wo sollten die herkommen? Das Submissionswesen sollte eine gründliche Umwandlung erfahren. Sie hätten sich das die Sozialdemokraten? Es würde Sparmaß verlangt. Die Sozialdemokraten seien gegen die Sparmaß, denn sie verlangten ja Umformung für die Schulen. Man verlange die Unerreichlichkeit der Lehrmittel. Das ist doch außerdem schon durchgeführt.

In diesem stichlichen Stille mit einer Unterbrechung ohne gleichen, zog der Ritter von der schwarzen Garde gegen die „Herren Genossen“ vom Leder. Derübergehende fügte er hinzu, daß die Sozialdemokraten vorläufig nicht die Herrschaft im Stadtparlament bekommen würden. Um die anwesenden Wähler — und mancher Trodel wird sich darunter befinden haben — genau zu machen, bemerkte Herr Jeron in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins habe man einst beschlossen, wenn wir an die Herrschaft kämen, die Abschaffung des Religionsunterrichts aus der Schule zu fordern. Jetzt kommt das, Herr Jeron. Aber Sie hätten diese Forderung schon längst in unserem Programm haben können. Also diese Ihre neugeborene Weisheit ist schon recht alten Datums. Jeron's Schlußworte waren Verhöhnungen gegen

unserer Partei und Verunglimpfungen einzelner Personen. Er erwiderte sich hier als echter Christ.  
In der Debatte ergriffen u. a. die Stadtvorordneten Finzer und Stein das Wort. Letzterer rechtfertigte die Schlachtsteuer. Deshalb solle nicht auch der kleine Mann Steuer zahlen? Finzer schimpfte dann mit schicklichem Behagen auf die „Juden“. Der Jude, Justizrat Olenbock, habe in einer freimüthigen Versammlung erklärt, die Freie Vereinigung veranstaltete die Wahl zu einer Wahl. Die Juden könnten ja machen, was sie wollten, die Christen hätten aber dasselbe Recht. Herrn Stein (sonst), dessen Tätigkeit in der Hauptsache darin besteht, den städtischen Arbeitern seine Brot anzubieten, er lag sich in bitteren Anklagen gegen den Magistrat, der den Wahltag auf einen Sonnabend angelegt habe. Wohin führe das? In diesem Tage seien die Arbeiter schon um 5 Uhr sect. Sie hätten Lohn bekommen, sträubten sich in Schwand und Bier und gingen in diesem Anstand zur Wahlurne, wo es dann leicht zu argen Ausschreitungen kommen könne. Er und seine Freunde lehnten die Verantwortung für die Unterzuna dieses Wahltag ab.

Herr Stein mag sich beruhigen. Ein Mann, wie er, noch dazu Stadtvorordnete und Beamter, der es wagt, sozialdemokratische Wähler in der Öffentlichkeit auf das infamste zu beschimpfen, lediglich um seinen Parteitopf zu närmeln, ist jeden Verantwortlichkeitsgefühls bar. Seine Partei trägt ja die Hauptschuld, daß die Arbeiter sich betrinken können, und sie und das Zentrum werden bei dieser Wahl den Vorteil haben, indem beide Parteien die betrunkenen Arbeiter, die nichtorganisiert sind, aus den Kneipen holen und zur Urne schleppen. Im übrigen verriet Herr Stein, daß er eine Hüllenangst vor dem Sonnabend hat, an dem es vielen Arbeitern gestattet ist, zur Wahl zu gehen.

Mit Steins Rede war die Versammlung christlicher Wähler auf ihrem tiefsten Niveau angelangt. Und nachdem noch ein Redner gesprochen, schloß man die Paradedarstellung schon um 10 1/2 Uhr.

#### Die Krankenkassenwahlen und die Frauen.

In diesem Winter stehen in drei Rassen, in welcher eine große Anzahl der Mitglieder Frauen sind, die Wahlen zur Generalversammlung bevor. Die Futmacherkasse besteht aus mehr als 1/4 weiblichen Mitgliedern, ihre Wahl findet am 8. November statt. Die Wahl der Schneiderskassen findet ebenfalls schon im Dezember statt, auch diese Klasse weist eine große Zahl weiblicher Mitglieder auf. Im März endlich hat die Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiterinnen ihre Generalversammlung, für welche ebenfalls alle zwei Jahre die Wahlen vorgenommen werden. Von dem Rechte, sich an den Wahlen zu beteiligen, haben bisher in Breslau die Frauen viel weniger Gebrauch gemacht als in anderen Städten. Es dürfte darum höchste Zeit sein, daß sie sich mehr darum bekümmern, von den Arbeitern, die Mitglieder dieser Rassen sind, wird ihnen jedenfalls alles Entgegenkommen gezeigt werden. Trübt doch der Arbeiter überall für den Schwächeren ein und sucht ihn gegen das Ubergreifen der bevorzugten Menschenklassen zu schützen. Die Frauen sind nun aber im modernen Staatsleben die schwächsten und die durch die bestehenden Gesetze am wenigsten geschützten Mitglieder. Deutschland zählt 7 Millionen berufstätige Frauen. Auf allen Erwerbsgebieten sind sie heutzutage zu finden und allen Gesetzen sind sie unterworfen. Die Arbeiterversicherung erstreckt sich auch auf weibliche Personen. Steuern und Beiträge zahlen sie wie der Mann, ihre Rechtsstreitigkeiten haben sie vor die Berufsgerichte zu bringen wie er. Wer aber führt die Verwaltung jener Versicherungsanstalten, wer sind die Richter im Kaufmanns- und Gewerbegericht, wer bestimmt über die Verwendung der von Frauen gezahlten Steuern? Nur Männer werden in die Ausschüsse der Invalidentversicherungsanstalten gewählt, nur Männer dürfen Vertreter in den Unfallgenossenschaften, Beisitzer in den Schiedsgerichten und Berufsgerichten sein! Den Frauen ist das Mitbestimmungsrecht entzogen, nicht einmal an der Wahl dürfen sie sich beteiligen.

Ein einziges Gesetz macht eine Ausnahme. Es ist das Krankenversicherungsgesetz. Hier begründet das Geschlecht keinen Unterschied für den Besitz der Rechte; hier herrscht einmal ausnahmsweise völlige Gleichheit. Laut § 37 des Krankenversicherungsgesetzes sind auch die weiblichen Mitglieder ebenfalls mitbestimmungsrechtlich und wählen wie der Mann. Die weiblichen Krankenkassenmitglieder sollten darum allgemein von diesem Rechte Gebrauch machen und die Männer sollten sie bei diesem Vorhaben in jeder Beziehung unterstützen, damit dort, wo die Gleichberechtigung heiliger Geschlechter einmal durchgeführt werden kann, auch die praktische Ausführung zeigt, wie gut sich eine völlige Gleichheit unter gleichen Bedingungen durchführen läßt.

Die Krankenkassen beruhen auf dem System der Selbstverwaltung, sie werden nicht von einer Behörde oder einem angestellten Beamten geleitet, sondern von den Beitragszahlern selbst. Diese bestimmen durch Wahl diejenigen Personen, denen die Wahrnehmung der Kassenangelegenheiten obliegen soll, nämlich die Generalversammlung und den Vorstand. Das Krankenkassenversicherungsgesetz regelt die Befugnisse dieser Verwaltungskörper, wie viele Vertreter zu wählen sind, bestimmt das Statut der betreffenden Krankenkasse. Die Befugnisse der Generalversammlung sind sehr weitgehend und mannigfaltig, denn die Generalversammlung hat in allen wichtigen Angelegenheiten die entscheidende Stimme. Ihr steht die Beschlußfassung zu bei etwaiger Veränderung der Unterstellungen und Leistungen der Kasse, bei der Festsetzung der Beiträge, beim Erlaß der Vorschriften über das Verhalten der Kranken, über Krankentrolle usw. Die Generalversammlung ist berechtigt und verpflichtet, Anträge sowohl wie Beschwerden, die Kassenmitglieder oder Arbeitgeber gegen den Vorstand erheben, zu prüfen und eine Entscheidung zu treffen. Da das Gesetz den Rassen die Macht gibt, die Leistungen, deren Mindestmaß vorgeschrieben ist, in gewissen Umfang zu erweitern, so liegt es in der Hand der Generalversammlung, wenn die Mittel es erlauben, Vorteil für die Mitglieder herbeizuführen. Es kann zum Beispiel das Krankengeld bis zu drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden, neben der Wochenentlohnunterstützung kann eine Unterstützung bei Schwangerschaften und mit der Dauer von vier bis sechs Wochen und dergleichen mehr. Alle diese Erweiterungen bedingen die Änderungen des Statuts und über jede Statutenänderung hat die Generalversammlung zu befinden. Eines der wichtigsten Rechte der Generalversammlung ist es aber, den Vorstand zu wählen. Der Vorstand hat die Kasse gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, das Vermögen zu verwalten und die Beschlässe der Generalversammlung auszuführen. Die Vorstände mit Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und den Bureaubeamten werden entweder vom Vorstand oder der Generalversammlung abgeschlossen.

Schon diese knappe Darstellung läßt erkennen, welche Bedeutung das Wahlrecht für die Frauen hat.

1. Sie gewinnen Einfluss auf die Zusammensetzung der Generalversammlung und des Vorstandes. 2. Sie können für Ihre leidenden Mitgeschwestern sorgen, besser, als es der Mann vermag. Nur die Frau kann volles Verständnis für die Bedürfnisse und Wünsche weiblicher Klassenmitglieder haben. 3. Frauen können Verbesserungen anregen oder herbeiführen, z. B. die freie Arztwahl, die Anstellung weiblicher Krankenträgerinnen, die Bezahlung der Hebammendienste und dergleichen. 4. Sie können am Ausbau der Weiterentwicklung der Klassen mitwirken, sei es durch vermehrte Wohnnennschüsse, sei es durch Krankenunterstützungen für Familienangehörige und dergleichen. 5. Die Mitarbeit der Frauen gereicht auch den Männern zum Nutzen, denn die Eigenart der Frau, ihr praktischer Blick, ihre Erfahrung kommt allen Teilen zu gute. Aus letzterem Grunde ist es sehr erwünscht, daß die Männer die weiblichen Klassenmitglieder selbst zur Beteiligung an den Wahlen ermuntern und anspornen, da ihnen ja daran liegen muß, daß immer mehr Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zum Durchbruch kommt.

### Erklärung.

In der gestrigen Nummer der „Volkswacht“ ist im Bericht über die Versammlung der Lokalkassen über die Nichtauszahlung des Eintrittsgeldes folgendes gesagt worden: „Ferner beschloß die Versammlung mit übergroßer Majorität, die eingelaufenen Eintrittsgelder dem Kaiserdeputierten Sirsch zuzuwenden. Die Unternehmer der Versammlung verweigerten aber die Herausgabe des Geldes bis auf drei Mark, die später eingelaufen waren. Nach dem bürgerlichen Rechte mögen sie hierzu fähig Berechtigung haben, demokratisch aber war dieses Verhalten, das dem Beschluß einer nach unserer Auffassung souveränen Volksversammlung Hohn sprach, zweifellos nicht.“ Diese Auffassung wird von der Gesamt-Redaktion nicht geteilt. Es waren nur zwei Mitglieder derselben dafür, die anderen zwei dagegen. Da aber der betreffende Kollege, der den Bericht geschrieben, im Augenblicke der Drucklegung nicht anwesend war, konnte eine Aenderung des Berichts leider nicht mehr vorgenommen werden.

**\* Vom Bierkrieg in Breslau.** In der letzten Sitzung der verstärkten Schutzkommission der hiesigen Gastwirtschaftsvereine wurde bekannt gegeben, daß alle Antworten, die bisher auf die 1600 veränderten Fragebogen eingegangen sind, für die Gründung einer eigenen Genossenschaftsbrauerei abgegeben wurden. Es sind für diesen Zweck 100.000 Mark gezeichnet worden, und ebenso wurde bereits eine Herabnahme von 15.000 Hektoliter pro Jahr in Aussicht gestellt. Man rechnet, daß sich das angebotene Kapital bald auf eine Viertelmillion und die Herabnahme auf 50.000 Hektoliter steigern wird. Von vier Brauereien, die zum Kauf angeboten worden sind, will man eine erwerben, und bereits am 1. Januar mit der eigenen Biererzeugung beginnen. Ob durch die Neugründung einer Biererzeugung für das Publikum vorgebeugt werden wird, das bleibt vorläufig noch recht sehr abzuwarten.

**\* Die Arbeiterwähler des 24. Wahlbezirks** hatten sich am Donnerstag im Saale der „Hofenblüte“ auf der Berlinerstraße zusammengelunden. Genosse Paul Wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, daß die Arbeiterklasse die ungeheure Wichtigkeit der Kommunalpolitik immer noch viel zu sehr verkenne. Er zeigte, wie eng diese mit der allgemeinen großen Politik zusammenhängt, wie aber auch andererseits gerade in den Gemeindeparlamenten die Klagen der Arbeiterklasse besonders in den Vordergrund treten. Im besonderen ging der Redner dann auf das ein, was die bürgerlichen Parteien in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung getan haben wollen und was sie wirklich getan haben. Darauf entwarf der Kandidat des Bezirkes, Genosse Brosig, in kurzen Umrissen ein Bild von den Aufgaben, die ein sozialdemokratischer Stadtverordneter in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung zu erfüllen hat. Er versprach, für den Fall seiner Wahl, sich auch im Stadtparlamente stets zuerst als Sozialdemokrat fühlen zu wollen.

**\* Wählerversammlung im 26. Stadtverordnetenwahlbezirk.** Eine von etwa 300 Personen besuchte sozialdemokratische Versammlung tagte am Mittwoch Abend im Lokale zur „Deutschen Krone“ auf der Winkstraße. Referent des Abends war der Kandidat des Bezirkes Genosse E. Wiedera. Nachdem er in überzeugender Weise die Erbärmlichkeit des kommunalen Wahlrechtes dargelegt, behandelte er in eingehender Weise sämtliche Gebiete, die für die Wahlen im Stadtparlament in Betracht kommen, nicht ohne das Verhalten der bisherigen liberalen Majorität — die ja jetzt jämmerlich in die Brüche zu gehen scheint — einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. Die Versammelten bezeugten durch öfteren Beifall, wie auch durch die Diskussion ihr vollständiges Einverständnis mit dem Referenten. Genosse Reichel verurteilte auf das Entschiedenste das Verhalten des kommunalen Freisinnigen und hauptsächlich des Ob-Bürgermeisters, in Sachen des Koalitionsrechtes der Gemeindevorsteher. Er forderte weiter die Versammelten auf, dem Kleinbürgertum, das zu sehr sich seiner Ueberzeugung am Tage der Wahl Ausdruck zu verleihen, in energischer Weise klar zu machen, daß es auch gegen seine Ernährer, die Arbeiter, Ansprüche habe. Genosse Aderhald kritisierte scharf das Verhalten der Polizei auch in dem jetzigen Wahlkampfe die wohl sozialdemokratische Versammlung auf's schärfste überwachte, die aber freisinnige Versammlungen auch wenn sie die ganze Nacht durch tagen, unbelästigt lasse. Die Versammlung wurde mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen. Wenn nun oben gesagt wurde, daß die freisinnige Majorität in die Brüche zu gehen scheint, so beweist das am besten die eigenartige Vorgehen des freisinnigen Gegenkandidaten im 26. Wahlbezirk, Herrn Brauerbesther Scholz (Wiescherhof). Während sich die Freisinnigen Breslaus in früheren Wahlkampagnen wenigstens von der allerhöflichsten Bauernsängerei freigelassen haben, arbeiten sie jetzt ans Genaue mit denselben Mitteln wie ihre feindlichen Brüder, die konservativ-liberalen, mit Fieber und Wiener Würstchen. So auch in der Sonntags-Versammlung auf der Kreuzstraße. Hierbei ist noch etwas ganz Besonderes ergablich. In dieser Versammlung referierte für den sehr wortreichen Kandidaten Herrn Scholz, Herr Redakteur Winkler von der „Morgen-Post“, und er stützte sich nicht wenig befehligt, als es ein Genosse wagte, in die Unentwegtheit seiner Parteigenossen Zweifel zu setzen. Wie nun Herr Winkler seinen Ultra-Reaktionismus mit diesen gelinde gesagt schmerzlichen Machenschaften ins Einvernehmen bringt, ist uns nicht recht ersichtlich. Ebenso wenig auch, daß er wie auch Herr Scholz, trotz schriftlicher Einladung zu unserer Versammlung nicht erschienen ist. Uns kann es recht sein. Wir erheben nur unsere Stimmen, allen Wählern diese Tathachen recht deutlich vor Augen zu führen und wir sind der Meinung, daß bei den nächsten Wahlen in diesem Bezirk der Freisinn nicht mehr nötig haben wird, zu diesem Zweck zu verwenden und immerhin noch ganz billigen Mitteln zu greifen.

**\* Der Kampf um das Rathaus** lautet das Thema, über das Genosse Albert, der Kandidat des 22. Bezirkes, vor seinen zahlreichen mit ihrem Frauen orientierten Wählern am Donnerstag sprach. In scharfen, aber trefflichen Worten schilderte Albert die Taten resp. Untaten des bisherigen Stadtparlaments und forderte zum Schluß um regere Mitarbeit auf, indem er darauf hinwies, daß Scheitern infolge seiner Arbeiterabstimmung (Scheidtma) nicht immer mehr mit Beamten und Bourgeois besetzt, vielmehr wird immer mehr mit Arbeitern zu wählen. In der Diskussion ergänzten die Genossen Wache und Gauthier die Ausführungen des Referenten noch in einigen Punkten. Der Vorsitzende Genosse Ehrlich forderte darauf die anwesenden Frauen und Genossen auf, auch in der nächsten Woche, Mittwoch, stattfindenden Versammlung zu erscheinen und ihre Bekannten mitzubringen und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die imposante Versammlung.

**\* Eine freisinnige Versammlung** fand gestern (Mittwoch) Abend im Saale der „Börse“ statt, durch die der Freisinn wieder einmal seine ganze politische Bedeutungslosigkeit erhellte. Die Wirkungen des neuen Jollarsis bilden doch gewiß ein Thema, das jeden Einwohner von Breslau interessiert, und Herr Gauthier ist bekannt als ein Redner, der in wirkungsvoller Weise seine Ansichten zu Gehör zu bringen weiß. Aber weder das Thema noch der Redner hatten den Saal zu füllen vermocht. Etwa 200 freisinnige Männer nur hatten sich eingefunden. Referent folgten sie den Ausführungen des Redners, der mit einem riesigen Zahlenmaterial arbeitete, dieses aber in so geschickter Anordnung darbrachte, daß jeder Zuhörer ein lebendiges Bild von den Verheerungen gewinnen konnte, die die junkerliche Politik in Deutschland angerichtet hat. — Ein Offizier ohne Soldaten! Ich habe in den Jahren meiner politischen Laufbahn meine Pflicht im vollsten Maße getan, unter Hintansetzung meiner Gesundheit. Unsere Zahl aber ist immer geringer geworden, und es gewinnt den Anschein, daß wir vergebens kämpfen.“ Welches Gefühl muß wohl einen Mann befehlen, der öffentlich ein solches Geständnis ablegt, wie es Herr Gauthier gegen Schluß seines Vortrages entwarf. Zuletzt ermahnte er das Publikum seiner Betreuen, das erschienen war, bei allen Wahlen einzeln zu sein, daß die Konservativen, die Merklosen, die Antisemiten wie auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen die schlimmsten Feinde des Volkes sind, denen man auf keinen Fall die Stimme geben könne, gleichviel ob es sich um Reichstags-, Landtags- oder Stadtverordnetenwahlen handle; sie haben durch ihre Jollpolitik Streit gesetzt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; sie haben den Streit erzeugt zwischen Bräuern und Gastwirten, und sie haben Streit hineingetragen in die Familien, wo man sich nicht mehr satzessen kann.“

Der Vortrag fand so viel Beifall, als die kleine Besucherzahl erzeugen konnte. Eine Diskussion fand trotz erfolgter Aufforderung nicht statt; die 200 freisinnigen Männer konnten aber alle zur Jollwiderpolitik selbst nichts zu sagen. Sie gingen lieber heim und legten sich ins Bett. Die Junkerherrschaft zu überwinden bleibt eben am Ende die alleinige Aufgabe der Sozialdemokratie.

**\* Stadtverordneter Drischel** f. Eine sensationelle Meldung bildete gestern Abend, namentlich in den Kreisen der Stadtverordneten-Wähler, den allgemeinen Gesprächsstoff. Die Nachricht, daß der Stadtverordnete Friedrich Drischel, der noch am Montag eine große Rede über die Breslauer Volksschule im Stadtparlamente gehalten hat, sich erschossen hat. In dem Breslauer Lokal, wo er Abends gegen 8 1/2 Uhr in Strehlen anlangt, wurde am Mittwoch in einem Abort die Leiche eines Passagiers gefunden, der sich dort erschossen hatte. In seinem Besitze fand sich eine Fohlarke zweiter Klasse Reichsbahnen-Breslau. Danach darf man wohl annehmen, daß die Tat bereits einige Stunden vorher erfolgt ist, als derselbe Lokalbahn die Fahrt von Strehlen nach Breslau machte und daß die Entdeckung der Tat in Breslau nur durch unglückliche Revision der einzelnen Abteile des Zuges verhindert worden ist. In dem Abort wurde der Stadtverordnete, Lehrer Drischel aus Breslau, agnosziert. Donnerstag früh langten Mutter und Schwester des Verstorbenen in Strehlen an, um die Leiche, welche in der Leichenhalle des Krankenhauses untergebracht worden war, von dort abzuholen.

Nach der „Schles. Bzg.“ hatte man am Mittwoch Herrn Drischel in Strehlen umherziehen sehen, er machte den Eindruck eines Irren. Ueber die Ursachen des Selbstmordes verlautet, daß Herr Drischel, der unverheiratet war, sich sittliche Verfehlungen gegen Schülerinnen — er war an der Augustaschule tätig — habe zu schulden kommen lassen.

Drischel gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit dem Jahre 1901 als Vertreter der 2. Abteilung an. Ursprünglich liberaler Anschauungen zuneigend, kam er später immer mehr in das Fahrwasser der Reaktion und des Antisemitismus. In der Stadtverordneten-Versammlung gehörte Herr Drischel zu den hervorragendsten Mitgliedern der Freien Vereinigung, deren Führer er in vielen Fragen war. Im 11. Bezirk der 2. Abteilung war er von seinen Gesinnungsgenossen auch diesmal wieder als Kandidat aufgestellt.

## Aus Schlesien und Polen.

**Die Entlarvung der Volksbetrüger.** In Obereschlesien läßt man sich an solchen Angelegenheiten sehr. Wie der „Schles. Bzg.“ gemeldet wird, war gestern früh im Auftrage der Regierung der Departementstierarzt Vermbach in Zabrze, um in der bekannten Schmuggel-Angelegenheit mit russischem Schweinefleisch eine Untersuchung und protokolllarische Vernehmung anzustellen. Der von Morgens 8 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr in einem besonderen Zimmer des Schlachthof-Restaurants abgehaltenen Untersuchung wohnten außer dem Regierungskommissar der Amtsbefehrer Kappritz, Polizeikommissar Stäbe, Kreisarzt Wierzb, Schlachthofdirektor und Schlachthofhelfer Brösle sowie zwei Polizeibeamte als Protokollführer bei. Die in erster Reihe an dem Fleischschmuggel beteiligten Großhändler Grob und Obermeister Gorgella räumten die von ihnen begangene Uebertretung der Regierungs-Politikverordnung durch Verfehlung von fünf Waggons russischen Schweinefleisches (der fünfte Waggon wurde betanntlich beschlagnahmt) ein, jedoch bestritt der letztere diese Uebertretung in seiner Eigenschaft als Obermeister begangen zu haben. Dem Obermeister Gorgella wurde hierauf von dem Regierungskommissar eröffnet, daß er seines Amtes als Mitglied der Verteilungskommission für russisches Schweinefleisch entbunden sei. Ferner erklärte der Regierungskommissar, daß ihm sowohl wie dem Großhändler Grob als auch allen an dem Schmuggel Beteiligten über deren Ermittlung die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist) fernerhin die Zustellung russischer Schweine entzogen wird. Der Empfänger des Fleisches, Brösle in Erfurt, ist am vorhergehenden Tage von Erfurt nach Zabrze gekommen und wurde hier polizeilich vernommen, wobei er den Empfang des Fleisches zugab. Die obereschlesische Presse enthält noch immer spaltenlange Berichte über die Vergehungen der Fleischbetrüger und Fleischschmuggler. So schreibt unter anderem die „Grenzzeitung“ in Bautzen (freisinnig): „Die Nachricht über das erbeutete skandalöse Treiben einiger Fleischbetrüger hat unter der Bevölkerung große Entrüstung hervorgerufen. Ueberall, wohin man sich wendet, ist es auf den Straßen oder in den Gastwirtschaften, hört man nicht nur Klug- und Schamlosigkeiten sondern auch Scherzhaftes und das mit Recht. Es ist unglücklich, mit welchem Fleiß man ein solch

unlauteres Geschäftsbahnen getrieben und das Volk betrogen werden konnte. Vorgesetzt hätte man die Regierung, damit sie für eine Erhöhung des Einfuhrkontingents russischer Schweine nach Oberschlesien warte. Deputationen, Resolutionen und Petitionen wanderten nach Berlin, in der Absicht, etwas Gutes zu erreichen, damit eine Vermittlung des Fleisches herbeigeführt werden könne. Rundweg wurde jeder Voranschick zurückgeschlagen und es blieb beim alten, weil die Einfuhrkontingent für ausreichend angesehen worden ist. Die Fleischlieferung hielt an, weil die Fleischer immer über den großen Fleischmangel klagten und nie genug bekommen konnten. Jetzt endlich gelang es, auf den tunden Punkt zu stoßen und das Publikum hat erfahren, wer die Fleischverteilung verschuldet hat. Sie sind entlarvt — die Herren, die dem elenden, ausgefaugten Volke noch das bishigen Fleisch vom Munde wegogen und es betrogen.“

Der „Schles. Bzg.“ schreibt: „Angehörigen deutet darauf hin, daß auch in anderen obereschlesischen Orten solche Geschäfte betrieben werden, es scheint die Zahl der Fälle sich sonach zu einem obereschlesischen Fleischskandal entwickeln zu wollen. Es wäre nur zu wünschen, wenn mit aller Energie und Klugheit verfahren würde.“

Natürlich läuft den bürgerlichen Blättern absichtlich oder unabsichtlich mancher Irrtum unter. Es ist zum Beispiel nicht richtig, daß nur die Fleischgroßhändler und Fleischschmuggler an der Fleischskandalität schuld sind. In der Hauptsache fällt der ganze Fleischskandal, an dem außer den genannten Personen noch sechs weitere Schlichter beteiligt sein sollen, auf das Schuldbonus der junkerlichen Regierungspolitik, die die Massen der Arbeiter für gut genug hält, sie auszubeuten. Die Entlarvungen haben ihre Betrüger dem Volk und Konsorten abgedeckt. Deshalb sollten sie nicht daselbst tun dürfen, wie ein selbsthätiger Landwirtschaftsminister! Der Unterschied besteht nur darin, daß das Volk seine unfauberen Geschäfte in großem Stille betrieb. Auch hier bewahrt sich wieder der Satz: Die kleinen Lüge hängt man, die großen Lüge läßt man laufen.

## Die Fleischnot in Polen

unternimmt nunmehr in einem langen Artikel das Sprachrohr des Fürsten Bismarck in Nordb. Allgemeine Bzg. Es geschieht das in einer etwas lakonischeren Stimmung. Man scheint vielleicht einzusehen, daß die Dinge sich in den Dismarkten in einer Weise entwickelt haben, die selbst die Regierung nicht wollte. Nicht ganz ungeschickt versucht das offizielle Organ die Schuld an den Zuständen auf den Erzbischof v. Stabilewski abzuwälzen, der mit seinem Hirtenbriefe an die polnische Bevölkerung das und Jotiracht gefäß habe. Es heißt u. a.: Der Umstand, daß der Hirtenbrief jede Warnung vor ungeschickten Schritten unterläßt, gab der Presse und den Agitatoren willkommenen Anlaß zu der irreführenden Behauptung, als ob die fleischliche Oberbehörde den ebenso unpädagogischen wie unchristlichen Schulstreit billige. Selbst in den Dismarkten, wo seit mehr als zehn Jahren die deutsche Unterrichtssprache eingeführt ist, ja sogar in den Orten, wo die Kinder schon vor Eintritt in die Schule ein völliges Verständnis der deutschen Sprache besitzen, kam es zu Schulausfällen.

Die Schulverwaltung hat dieser bedauerlichen Bewegung gegenüber Ruhe und Besonnenheit bewahrt. (?) Das Ziel der polnischen Agitatoren, die Lehrerklasse nachzuweisen und zu Misshandlungen der Kinder zu verleiten, ist bisher nicht erreicht und wird auch nicht erreicht werden. Man wird auch fernerhin nicht vermeiden, die Kinder zu Märtyrern für die Schulverbesserung zu machen. Dagegen wird die Schulzucht nachdrücklich aufrechterhalten. In dem religiösen Unterricht in deutscher Sprache nicht teilnehmende Schüler werden in den betreffenden Stunden möglichst mit dem deutschen Sprachunterricht beschäftigt. Ist die Zahl der widerspenstigen Kinder in einer Schule erheblich, und ergeben sich Schwierigkeiten für die Wahrung der Disziplin, so werden jene von den willigen Kindern abgefordert behufs eingehender erzieherischer Beeinflussung. Die dadurch notwendig werdende Neuanstellung von Lehrern und die Beschaffung weiterer Schulräume erfolgt auf Kosten der Gemeinde. Der Widerstand der streikenden Kinder wird durch Nachsicht in den pädagogischen zulässigen Grenzen geahndet. Gegen die Eltern, welche die Kinder vom Schulbesuch überhaupt oder mehrere Stunden zurückhalten, wird mit Schulverfügungen nützlich vorgegangen. Kinder, denen zur Entlassung aus der Schule die erforderliche sittliche Reife ihrem ganzen Verhalten nach fehlt oder die die durch die Volksschule vermittelten Kenntnisse sich absichtlich nicht aneignen, werden beim nächsten Schulabschlussstermin nicht berücksichtigt. Aufreizungen durch die Presse gegen die Schule oder Beschuldigungen und Verleumdungen von Lehrern werden strafrechtlich verfolgt. Unbotmäßige Schulvorsteher werden ihres Amtes entbunden.

Die „Norddeutsche“ will mit ihren Darlegungen dem Sentiment und uns weismachen, daß die Regierung sich korrekt benommen. Kein einsichtiger Kenner der Verhältnisse wird ihr das glauben. Es ist erstaunlich, daß trotz des glänzenden Erfolgs die preussische Regierung best. Schulverwaltung hofft mit den obengenannten Mitteln allmählich eine Beruhigung der durch maßlose Verheerung erregten Gemüter herbeizuführen.

Man sieht, die Herren von der Regierung, die „Staatsmänner“ sein wollen, scheinen in der Geschichte schlecht bewandert zu sein, sie haben nichts hinzugeleitet und alles vermissen. Es verlaunte dieser Lage, daß Kultusminister Studt — ungedrungen dieser Hölzer und Förderer des Fleisches, in das Kampfgelände reisen wolle, um sich über die weiter einzuleitenden Schritte klar zu werden. Auch kommt die Nachricht, daß das ein Irrtum sei. Es ist auch so gut. Dieser Mann, ein Reaktionär vom Scheitel bis zur Sohle, hätte die Verwirrung und Empörung unter der polnischen Bevölkerung nur vermehrt. Es ist reichlich genug, daß er von Berlin aus sein unheilvolles Werk betreiben kann.

## Kleine provinzielle Nachrichten.

Der seltsame Schicksal wurde im Tiefengebiet (bei Krummhöl) auch am 1. d. M. noch bei einer Temperatur von +10 Grad und fast völlig bedecktem Himmel mit ungeschwächter Kraft weiter. Seine Gewalt hat sich eher noch gesteigert. Mit unheimlichem, donnerähnlichem Getöse brannte er vom Gebirge her nieder und wüthete Stand und Sand inmitten empör. Die Sturmkräfte haben infolge dessen bedeutend zugenommen. Es wurden mehrere Dächer und Schornsteine stark beschädigt, Linden geküßt, Straßentaternen und freistehende Farnenstangen umgebrochen, sowie Bäume entwurzelt. Auch die Telegraphen-, Telefon- und elektrischen Leitungen wurden mehrfach beschädigt. — Der Kaufmann von der Staatsanwaltschaft in Olgau ist verhaftet worden, weil er während des Dienstes seinen Vorgesetzten, den Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Müller, tödlich angriff. — Ein gefährlicher Unglücksfall ereignete sich im Gebiete des Adersbachscholes in Aßen. Beim Geratbedecken mittels der Maschine geriet vermutlich infolge Abrutschens der als Stützstütze dienenden Platte mit dem linken Arm in die Maschine. Hierbei wurde ihm der Arm glatt vom Leibe gerissen. Der abgerissene Handgelenk verfiel in die Maschine und es sind von ihm nur ein paar Finger und einige Fleischstücke aufgefunden worden. Ob der Verunglückte mit dem Leben davonkommen wird, ist sehr fraglich. — Auf dem Wege von Kattowitz nach dem hiesigen Güterbahnhof wurde ein Dienstmädchen von zwei anständigen Männern angefallen und unter Bedrohung zur Herausgabe ihres Portmoneus gezwungen. Nachdem beide einen Teil des Geldes an dem in Folge erbeuteten Mädchen in Empfang genommen hatten, wurde das Mädchen in Cassel in die Arrestanstalt untergebracht. — Auf dem Wege von Kattowitz nach dem hiesigen Güterbahnhof wurde ein Dienstmädchen von zwei anständigen Männern angefallen und unter Bedrohung zur Herausgabe ihres Portmoneus gezwungen. Nachdem beide einen Teil des Geldes an dem in Folge erbeuteten Mädchen in Empfang genommen hatten, wurde das Mädchen in Cassel in die Arrestanstalt untergebracht.

